

Motto für mehr Mut

Zu: „EU-Impfzertifikat kommt“, FR-Politik vom 10. Juni

Mit Dankbarkeit und Zuversicht sehe ich dem bevorstehenden Impftermin entgegen und werde dabei an das Mut machende lateinische Motto meiner Heimat, des US-Bundesstaates Kansas, erinnert: „Ad astra per aspera“ („Durch das Raue zu den Sternen“).

Doch noch mehr denke ich in diesen Tagen an die wegweisenden Worte des Reformators Martin Luthers vor 500 Jahren, als die Pest in Wittenberg ausbrach:

„Wenn Gott tödliche Seuchen schickt, will ich Gott bitten, gnädig zu sein und der Seuche zu wehren. Dann will ich das Haus räuchern und lüften, Arznei geben und nehmen, Orte meiden, wo man mich nicht braucht, damit ich nicht andere vergifte und anstecke und ihnen durch meine Nachlässigkeit eine Ursache zum Tode werde. Wenn mein Nächster mich aber braucht, so will ich weder Ort noch Person meiden, sondern frei zu ihm gehen und helfen. Siehe, das ist ein gottesfürchtiger Glaube, der nicht tollkühn und dumm und dreist ist und Gott nicht versucht.“ (Brief an Johann Hess, Luthers Werke Band 5.)

Jeffrey Myers, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/kinderimpfen



Hier kommt der wahre Borretsch!

Am vergangenen Samstag habe ich eine Pflanze im Foto als Borretsch bezeichnet, die in Wirklichkeit ein Pracht-Storcheschnabel ist. Vielen Dank an die vielen Leserinnen und Leser, die mich auf den Fehler aufmerksam gemacht haben! Mehr im Update unter www.frblog.de/garten-13. Das Foto oben zeigt den wahren Borretsch. Es stammt von: DORIS HASSELMANN, KÖLN

Vertrauen in eine sichere, gerechte Rente

Zu: „Ideen für eine Reform“ und „Rente mit 68 stößt auf breite Ablehnung“, FR-Meinung vom 8.6. und -Wirtschaft vom 9.6.

Die Politik handelt erst, wenn es fast zu spät ist

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium muss seinen Vorschlag „Späteres Renteneintrittsalter, gekoppelt an die Lebenserwartung“ schon lange auf dem Schirm gehabt haben. Denn dieses Instrument liegt auf der Hand, und zwar nicht seit gestern, und es greift durch. Warum also erst jetzt? Liegt es am Oberbremser, dem Bundeswirtschaftsminister?

Die geltende schwache Dynamisierung des Renteneintrittsalters, endend bei 67, hätte bereits damals so erfolgen müssen wie jetzt vorgeschlagen! Es ist wie beim Klimaproblem: Die Politik redet zwar ständig von ihrer Verantwortung, zögert eine halbe Ewigkeit und bohrt ihre dicken Bretter erst dann, wenn es (fast) zu spät ist, mit fatalen Folgen.

Klaus Karow, Koblenz

Der Beirat ignoriert Fehlfinanzierung der Renten

Tobias Peter begrüßt die Rentenreformvorschläge des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, der eine Anhebung des Rentenalters auf 68 Jahre vorschlägt. Über das Rentenalter hinaus wird eine geringere Steigerung der Bestandsrenten und eine Aufwertung der Beiträge von Geringverdienern

bei der späteren Rente zu Lasten der Gutverdiener gefordert. Das heißt erstens, dass das dem Rentensystem zugrunde liegende Äquivalenzprinzip und damit das Vertrauen in eine sichere, gerechte Rente weiter verletzt wird. Zweitens werden die Niedriglöhne, die ein gesellschaftliches Problem darstellen, dessen Lösung deshalb aus dem Steueraufkommen zu finanzieren wäre, den Beitragszahlern aufgebürdet. Zugrunde liegt diesen Vorschlägen und dem gleichzeitigen Verzicht auf eine notwendige Rentenreform, die ein ausreichendes Rentenniveau sicherstellen würde, die Prognose „ab 2025 schockartig steigender Finanzierungsprobleme“, die als Folge der in Rente gehenden Babyboomer gesehen werden. Völlig außer Acht gelassen wird die den Ökonomen eigentlich bekannte, im Trend steigende Produktivitätsentwicklung, die parallel zum Anstieg des Altenanteils das Realeinkommen steigen lässt. Selbst vorsichtige Annahmen über die Produktivitätsentwicklung, die in den Simulationen der Wirtschaftsentwicklung verwendet werden, führen dazu, dass die Belastungswirkung höherer Rentenversicherungsbeiträge durch die Realeinkommensentwicklung überkompensiert wird.

Diese Überkompensation hat es auch in der Vergangenheit schon gegeben. Das bedeutet, dass die junge Generation trotz

höherer Beiträge ein höheres Nettoeinkommen erzielen wird als die gegenwärtig erwerbsaktive Generation. Entlastend für die erwerbstätige Generation würde ferner die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen wirken (z.B. Mütterrente), die den Beitragszahlern sachwidrig aufgebürdet wurden, die der Beirat bedauerlicherweise nicht anspricht. Das dramatisch beschriebene Finanzierungsproblem gibt es also nicht wirklich. Die Finanzierung ausreichender Renten durch steigende Beiträge aus steigenden Realeinkommen ist möglich, ohne die Beitragszahler zu überfordern. Ergänzend wäre notwendig, die politisch verursachten niedrigen Renten (Niedriglohnssektor) aus gesellschaftlicher Verantwortung aus dem Steueraufkommen aufzustocken.

Aus welchen Gründen, so muss man fragen, vernachlässigt der Beirat zentrale wirtschaftliche Entwicklungen, die ein „schockartig steigendes Finanzierungsproblem“ verhindern werden? Weshalb spricht er die Fehlfinanzierung versicherungsfremder Leistungen nicht an? Geht es dem Beirat weniger um das Wohl der Beitragszahler und Rentner? Geht es ihm stattdessen um das „Wohl“ der Unternehmen, die die höheren Beiträge mitfinanzieren müssen?

Ernst Niemeier, Wentorf

Diskussion: frblog.de/rente-70



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210614

Nur wenn es richtig knallt

Zum Gastbeitrag „Vergessene Welten, blinde Flecken“, FR-Meinung vom 31.5.

Zu recht wird in dem Artikel darauf hingewiesen, dass die Berichterstattung in unseren Medien sehr eurozentriert ist und die Staaten des globalen Südens weitgehend außer Acht lässt. Ebenso ist es mit Berichten über ehemalige Hotspots des Weltgeschehens. Wenn es nicht mehr richtig knallt, kein Giftgas versprüht und kein saudischer Flughafen angegriffen wird, zieht die journalistische Karawane weiter. Corona geht immer!

Aber was erfährt der interessierte Leser aktuell über die Lage in Syrien? Ich meine nicht die Fake-Wahlen von Assad. Was geschieht in Idlib? Was in den türkisch besetzten kurdischen Gebieten? Gibt es eine „Normalität“ in Aleppo? Findet so etwas wie „Frieden“, Wiederaufbau etc. statt? Unter welchen Obrikeiten und Bedingungen? Gleiches gilt für die Berichterstattung aus Jemen, Äthiopien, Mozambique. Ein Massaker vermeldet und dann ..?

Ich wünsche mir eine Zeitung, die am Ball bzw. bei den Menschen in den Krisenregionen bleibt und nicht von schrecklichen News zu noch schrecklicheren hüpfet.

Manfred Backhaus, Niederbrechungen

Diskussion: frblog.de/blindflecken

Tür und Tor geöffnet

Impfen: „Mängel in Testzentren“, FR-Regional vom 4. Juni

Inzwischen ist es möglich, mit zwei abgeschlossenen Impfungen oder einem Negativtest z. B. Einkaufen zu gehen. Es wird aber nicht überprüft, ob der Impfausweis oder der Test tatsächlich zur Person gehört. Beides dürfte nur in Verbindung mit dem Personalausweis Gültigkeit haben, um Name und Geburtsdatum zu überprüfen. Ohne diese Überprüfung können Impfpässe und Negativtest an x-beliebig viele Personen weitergegeben werden. Damit ist für Betrug Tür und Tor geöffnet, denn die Geschäfte freuen sich über alle Kunden, die sie rein lassen können. Frage: Wo bleibt hier der Gesundheitsschutz vor weiteren Infektionen? Klaus Behnke, Rödermark

Diskussion: frblog.de/kinderimpfen

SORRY

„Die 260-Millionen-Dollar-Frage“ lautete unsere Überschrift über einem Artikel vom 14.6. auf Seite 6. In dieser Form ist die Frage falsch gestellt, denn es geht in Wirklichkeit um Milliarden, nicht um Millionen. Im Text stand es richtig.

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf

moderiert „Ende der post-sowjetischen Stabilität? Protest, Repression, Krieg“. Darüber diskutieren Vera Rogova und Mikhail Polianskii von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Azer Babayev von der Uni Baku. Sie können die Debatte verfolgen auf dem Youtube-Kanal der hessischen Heinrich-Böll-Stiftung: boell-hessen.de/YouTube

Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg und Hanning Voigts

moderieren das FR-Stadtgespräch „Ein Jahr nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Die Zahl der Gäste ist begrenzt. Registrieren Sie sich auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Hanau“. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Die Veranstaltung wird live übertragen auf fr.de/eventvideo

Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt